Nr. 33. — Zweites Blatt.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Sonnabend, 20. Januar 1894.

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk. vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Der preußische Staatshaushaltsetat für 1894/95.

II.

Der Etat der Eisenbahnverwaltung schließt in den Einnahmen mit 963 751 676, dauernden Ausgaben 595 996 943 und einmaligen Ausgaben 20 865 000, mithin mit einem Ueberschuß von 346 889 733 Mark ab. Die Einnahmen sind um 25 019 595 Mark, die einmaligen Ausgaben um 1 030 250 Mark höher und die dauernden Ausgaben um 4 455 646 Mark niedriger veranschlagt, so daß demnach der Mehrüberschuß gegen den laufenden Etat 28 444 991 Mark beträgt. Die Einnahmen aus dem Personen- und Gepäckverkehr sind mit 249 000 000 (mehr 2 300 000), aus dem Güterverkehr mit 659 700 000 (mehr 21 600 000) Mark veranschlagt; die übrigen Einnahmepositionen weisen allesammt mit Ausnahme der Erträge aus den Veräußerungen gleichfalls Mehreinnahmen auf. Es weisen die Positionen „Stellenzulagen" und „Tagegelder" ein erhebliches Minus von 2 489 000 Mark auf; die Ausgaben für Steuern, Kommunalabgaben und öffentliche Lasten sind auf 6 840 000 Mark, das heißt 2 301 000 Mark höher veranschlagt; für Unterhaltung der Bahnanlagen sind wie im vorigen Etat 67 900 000 Mark eingestellt, die Kosten der Züge sind auf 53 460 000 (weniger 987 000) Mark veranschlagt, weil die Preise des Brennmaterials zur Lokomotiv- und Kesselfeuerung sich ermäßigt haben, dagegen wurde für die Unterhaltung der Betriebsmittel ein um 748 000 Mark höherer Betrag mit Rücksicht auf die angenommene vermehrte Leistung eingestellt; bei den Kosten der Erneuerung des Oberbaues und der Betriebsmittel sind Minderansätze von 3 070 000 resp. 1 990 000 Mark zu verzeichnen, ebenso bei den Kosten für Ergänzungen aller Art im Betrage von 1 085 000 Mark. — Der Etatsveranschlagung liegt ein Bedarf von 190 103 Beamten und Arbeitern (mehr 942) zu Grunde. Durch das Mehr erhöht sich der Gesammtaufwand an Gehältern um 1 543 000 Mark, während ein Mehraufwand von rund 5 494 000 Mark durch die Erhöhung der Einkommensbezüge des Dienstpersonals herbeigeführt wird. Darunter sind 414 600 Mark zur Aufbesserung der Löhne der Eisenbahnarbeiter bestimmt.

Der Etat der Staatsschuldenverwaltung weist eine Einnahme von 298 [illegible]00 Mark, eine Ausgabe von 282 309 810 Mark (mehr 2 870 760) auf, der Zinsenzuwachs, welcher bei der dreiprozentigen Anleihe hinzukommt, beläuft sich auf 4,2 Millionen. Zur Verzinsung der bis zum Schlusse des Jahres 1894—95 noch auszugebenden Staatsschuldverschreibungen ist eine Summe von 1,9 Millionen oder 1,5 Millionen weniger als im Vorjahre eingestellt. Die gesammte Staatsschuld wird sich für das Etatsjahr auf 6 371 504 353,83 Mark belaufen. Die Gesammtausgabe für dieselbe (Verzinsung, Tilgung, Renten, Verwaltungskosten u. s. w.) beläuft sich auf 282 309 810 Mark (mehr 2 870 760).

Der Etat des Herrenhauses ist in Einnahme auf 1032 Mark, im Ausgabe auf 179 680 Mark, der des Abgeordnetenhauses in Einnahme auf 1060, und Ausgabe auf 1 201 540 Mark festgestellt.

Der Etat der Allgemeinen Finanzverwaltung beläuft sich in der Einnahme 335 252 575 Mark (mehr 23 463 583). Der Antheil an dem Ertrage der Zölle und Tabaksteuer ist auf 139 902 140 Mark (mehr 5 288 610) festgestellt, der an der Branntweinverbrauchsabgabe auf 60 667 200 Mk. (mehr 92 740), der an den Reichsstempelabgaben auf 14 862 980 Mark (weniger 1 604 230), die Einnahmen des ehemaligen Staatsschatzes auf 10 820 000 Mark (mehr 6 150 000), die hinterlegten Gelder auf 30 000 000 Mark (mehr 1 500 000). Als außerordentliche Einnahme ist die Anleihe mit 70 200 000 Mk. (mehr 12 400 000) eingestellt. Die Summe der Ausgaben beziffert sich auf 354 820 758 Mark (mehr 38 577 820). Darunter sind der Matrikularbeitrag mit 247 964 000 Mark (mehr 37 058 915) und die Ueberweisung an die Kommunalverbände auf Grund der Lex Huene mit 34 000 000 Mark angesetzt. Dem letzteren Ansatze ist entsprechend der Veranschlagung der Einnahme aus den Zöllen in dem Entwurfe zum Reichshaushalts-Etat für 1894—95 der Betrag der Ueberweisungen für 1892—93 mit der Berücksichtigung des Antheils Preußens an dem daselbst angenommenen weiteren Einnahmeausfall zu Grunde gelegt.

Der Etat für das Bureau des Staatsministeriums beziffert sich in Einnahme auf 4220 Mark, in Ausgabe auf 330 235 Mark (mehr 2455).

Im Etat der Staatsarchive stellt sich die Einnahme auf 4157, die Ausgabe auf 665 262 Mark (mehr 240 690). Die Mehrausgaben fallen unter den außerordentlichen Etat. Es werden nämlich zunächst 128 830,71 Mark zur Erwerbung der dem Ministerium des königlichen Hauses zustehenden Rechte an den im sogenannten „Hohen Hause" zu Berlin für das königliche Hausarchiv und das Heroldsamt hergestellten Räumen behufs Ueberweisung an das geheime Staatsarchiv und ferner 95 170 Mark zum Ankaufe des vormaligen Deutschordenshauses in Koblenz behufs Um- und Ausbaues für das dortige Staatsarchiv verlangt.

Der Etat der Generalordenskommission stellt sich in Einnahme auf 16 380 Mark, in Ausgabe auf 205 505 Mark (mehr 4575 Mark), der Etat des Geheimen Zivilkabinets in Einnahme auf 6556 Mark, in Ausgabe auf 140 580 Mark (weniger 1450), der Etat der Oberrechnungskammer in Einnahme auf 361 Mark, in Ausgabe auf 960 140 Mark (mehr 101 060), 70 000 Mark werden zur Erweiterung der Dienstgebäude der Oberrechnungskammer verlangt. Der Etat der Prüfungskommission für höhere Verwaltungsbeamte u. s. w. enthält keine Veränderungen. Der Etat des Gesetzsammlungs-Amts weist eine Einnahme von 175 830 Mark (mehr 3000) und eine Ausgabe von 156 500 Mark (mehr 4900), also einen Ueberschuß von 19 330 Mark auf, der Etat des „Reichs- und Staatsanzeigers" eine Einnahme von 767 100 Mark (mehr 12 100) und eine Ausgabe von 675 965 Mark (weniger 1475), mithin einen Ueberschuß von 91 135 Mark, der Etat der Ansiedlungskommission für Westpreußen und Posen eine Einnahme von 2 625 182 und eine Ausgabe in derselben Höhe, der Etat des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten eine Einnahme von 4600 Mark und eine Ausgabe von 538 000 Mark (weniger 2500). — Das Diensteinkommen des Gesandten in Stuttgart soll dauernd auf 36 000 Mark erhöht werden.

Im Etat des Finanzministeriums sind die Einnahmen auf 2 584 053 Mark (mehr 25 992) normirt. Die dauernden Ausgaben betragen 72 762 679 Mark (mehr 8 178 783). Ein Theil der Mehrausgaben ist bedingt durch die Erweiterung des Systems der Dienstaltersstufen und durch die Anrechnung eines Theiles der diätarischen Dienstzeit bei Bemessung des Gehaltes nach Dienstaltersstufen. Es ist beabsichtigt, von dem Grundsatze, daß die Dienstzeit in jeder Beamtenkategorie vom Zeitpunkte der etatsmäßigen Anstellung des Beamten in der betreffenden Kategorie ab zu berechnen sei, allgemein eine weitere Ausnahme für diejenigen mittleren Kanzlei- und Unterbeamten eintreten zu lassen, welche vor ihrer ersten etatsmäßigen Anstellung zunächst diätarisch beschäftigt werden. Sowohl bei den Kanzlei- und Unterbeamten, als bei den mittleren Beamten, sofern bei letzteren die erste etatsmäßige Anstellung in der Kategorie der Bureaubeamten zweiter Klasse bei einer Provinzial- oder Lokalbehörde oder in einer derselben gleichbenannten Beamtenkategorie erfolgt ist, soll die über fünf Jahre hinausgehende Zeit der diätarischen Beschäftigung mit berücksichtigt werden. Diese Anrechnung soll auch den schon angestellten Beamten zu Theil werden, jedoch nicht dort, wo unzureichende Qualifikationen oder sonstige von den Beamten selbstverschuldete Gründe vorliegen. Die Mehrausgabe in Folge dieser Berechnung ist auf 900 000 Mark veranschlagt. Dieselbe ist bei den in Betracht kommenden Etatstiteln in Ansatz gebracht. — Die bei den Regierungskollegien und den Landrathsämtern eingetretene und noch weiter zu erwartende Zunahme der Geschäfte, namentlich auf dem Gebiete der Steuerverwaltung, macht eine größere Anzahl von Arbeitskräften erforderlich, so daß der Assessoren-Diätenfonds um 100 000 Mark gesteigert ist. — 6 Millionen sind neu eingestellt für die an die Reichspostverwaltung zu zahlende Vergütung für aversionirte Porto- und Gebührenbeträge. Eine weitere Denkschrift, welche dem Etat des Finanzministeriums beigegeben ist, bezieht sich auf die Regelung der Gehälter der etatsmäßigen höheren Beamten nach Dienstaltersstufen. Für die höheren Beamten sollen danach im Wesentlichen dieselben Grundsätze zur Anwendung kommen, welche für die unteren und mittleren Beamten maßgebend sind. Es bleiben darnach von der neuen Regelung die nur nebenamtlich Beschäftigten sowie diejenigen Beamten ausgenommen, welche feste Einheitsgehälter beziehen. Des Weiteren aber sollen überhaupt ausgenommen bleiben die Offiziere der Landgendarmerie und die Dirigenten der Landgestüte, die Aichungsinspektoren, sowie die Lehrer an Baugewerkschulen und an der Werkmeisterschule für Maschinenbauer u. s. w. in Dortmund. Ferner sind in die neue Regelung vorläufig noch nicht mit einbezogen die richterlichen Beamten und die höheren Beamten der Staatsanwaltschaft. Bezüglich der richterlichen Beamten bedarf es hierzu eines Aktes der Gesetzgebung und die Erwägungen nach dieser Richtung hin, sowie über sonstige dabei in Betracht kommende Fragen sind noch nicht zum Abschluß gelangt. Bleibt es aber für die Richter einstweilen noch bei der bisherigen Gehälterordnung, so erscheint dadurch ein Gleiches auch hinsichtlich der höheren Beamten der Staatsanwaltschaft wegen des häufigen Uebertritts aus dieser in die richterliche Stellung und umgekehrt, geboten. Ferner sind in die neue Regelung einstweilen noch nicht einbezogen die Räthe bei den Generalkommissionen, weil bezüglich dieser, übrigens auch anderer Beamten zunächst noch die Frage wegen etwaiger Mitberücksichtigung der vor der etatsmäßigen Anstellung zurückgelegten Dienstzeit, bei Berechnung des für den Gehaltsbezug nach Dienstaltersstufen maßgebenden Dienstalters geregelt werden soll. Die Erörterungen hierüber schweben noch und sollen dem Landtage nach deren Abschluß event. diesbezügliche Vorschläge unterbreitet werden. Ebenso sind von der neuen Regelung einstweilen noch ausgenommen die Lehrer und wissenschaftlichen Beamten an den Universitäten, den technischen Hochschulen und an der Mehrzahl sonstiger wissenschaftlicher, fachwissenschaftlicher und ähnlicher Schulen und Institute. Für alle diese Lehrer und Beamten wird die neue Regelung nach möglichst einheitlichen und gleichmäßigen Grundsätzen erfolgen müssen, und die Verhandlungen hierüber sind noch nicht zum Abschlusse gelangt. Endlich sind einstweilen noch ausgenommen die ständigen Hülfsarbeiter in dem Bureau für die Hauptnivellements bei dem Ministerium für die öffentlichen Arbeiten. Da die Regelung der Gehälter nach Dienstaltersstufen lediglich den Zweck verfolgt, das Aufsteigen im Gehalt von dem Eintritt von Vakanzen oder der Schaffung neuer etatsmäßiger Stellen unabhängig zu machen, so ist auch bei den höheren Beamten von jeder etwaigen Aenderung der Besoldungssätze in Veranlassung der neuen Regelung und demzufolge auch von der an sich wünschenswerthen Verminderung der Zahl der jetzt bestehenden Gehaltsklassen abgesehen worden. Auch für die höheren Beamten ist ausnahmslos eine Zeit von drei Jahren für das Verbleiben in jeder einzelnen Gehaltsstufe in Aussicht genommen. Der Zeitraum für die Erreichung des Höchstgehalts hat dagegen sehr verschiedenartig festgestellt werden müssen. — Unter den einmaligen Ausgaben des Etats des Finanzministeriums werden 410 747 Mark zum Umbau des königlichen Theatergebäudes in Hannover gefordert. Die Gesammtkosten für den letzteren sind auf 787 000 Mark veranschlagt. Der Umbau soll zur Erhöhung der Feuersicherheit im Theatergebäude vorgenommen werden. Die Kronkasse hat die Uebernahme der Kosten abgelehnt. Der Staat ist Eigenthümer des Gebäudes und muß deshalb, wenn das Theater nicht geschlossen werden soll, dafür aufkommen. Aehnliche Verhältnisse wie in Hannover bestehen auch in Kassel. Zu Umbauten im dortigen königlichen Theatergebäude werden denn auch 116 000 Mark verlangt.

Deutschland.

Berlin, 20. Januar. Es ist schon einmal erwähnt worden, daß ein Volksschullehrer aus dem Kreise Putzig seines Amtes vom Disziplinarhof in Danzig entsetzt worden ist, weil er bei den letzten Reichstagswahlen Flugblätter der freisinnigen Volkspartei vertheilt hatte. Insofern das jetzt bekannt gewordene Erkenntniß auch die Art und Weise erörtert, wie der Lehrer agitirt und wodurch er nach der Meinung des Disziplinarhofs gegen die Pflichten eines Beamten verstoßen haben soll, entzieht es sich der Beurtheilung: dieser Thatbestand ist nach der vorliegenden Begründung nicht genügend zu übersehen. In dem Erkenntniß finden sich aber auch folgende Sätze:

„Der Reichstag war am 6. Mai d. J. aufgelöst worden, weil er die von der Regierung als unbedingt nothwendig geforderte Heeresverstärkung nicht bewilligt hatte. Es sollte ein neuer Reichstag gewählt werden, von dem die Regierung hoffte, daß er die Heeresverstärkung bewilligen werde. Eine jede Partei, die deshalb Gegner der Militärvorlage als Kandidaten zur Wahl aufstellte, mußte als eine gegen die Absichten der Regierung Opposition treibende angesehen werden. Und um so regierungsfeindlicher war gerade diese Opposition, als sie gerichtet war gegen eine Vorlage, der die Regierung eine derartige Bedeutung beilegte, daß sie zu ihrer Durchbringung selbst das äußerste Mittel einer Reichstagsauflösung nicht unversucht hatte lassen wollen. Ist demnach schon überhaupt jede Agitation eines Beamten gegen die Regierung strafbar, so mußte eine Agitation von Beamten gegen die Militärvorlage eine ganz besonders schwere Verletzung der Beamtenpflichten in sich schließen."

Die „Nat.-Ztg." bemerkt hierzu: „Der Satz, daß „jede Agitation eines Beamten gegen die Regierung strafbar" sei, ist sicherlich unhaltbar. Aber wenn unter solcher Begründung sogar ein Volksschullehrer, zu dessen Amtspflichten die Vertretung der Politik der Regierung gegenüber der Bevölkerung doch gewiß nicht gehört, wegen seiner Opposition gegen eine von der Regierung „als unbedingt nothwendig geforderte" Maßregel abgesetzt wird — wie ist damit das lange Gewährenlassen der Agitation politischer Beamten gegen die Handelsverträge zu vereinigen, welche von der Regierung doch auch „als unbedingt nothwendig gefordert" werden? In beiden Fällen handelt es sich um Angelegenheiten der Reichspolitik.

— Das Privatlotteriewesen hat schon vielfach zu Klagen Anlaß gegeben. Die Lotteriehändler, in großen Städten meist gleichzeitig Zigarrenhändler, treiben zum Theil eine ungeheure Reklame und locken das Publikum herbei, um es zum Lotteriespiele förmlich zu nöthigen. Daß also bei dem Loosehandel überaus reichlich verdient werden muß, ist klar; gleichwohl suchen viele Händler ihren Verdienst noch dadurch zu verbessern, daß sie trotz der großen Billigkeit der einzelnen Loose noch Antheilscheine bis zu zehn Pfennig herab ausgeben und durch diese Manipulation das Publikum im hohen Maße übervortheilen. Es ist gar nicht ungewöhnlich, daß ein nach dem Spielplane zu drei oder fünf Mark angesetztes Loos in sechzig oder hundert Antheile zu je zehn Pfennige zerlegt, also ein Aufschlag von hundert Prozent erhoben wird. Wie lukrativ diese Art von Handelsgeschäften ist, ergiebt sich u. a. aus einem Berichte der Lotteriezeitung, wonach in einzelnen kleineren Berliner Zigarrenhandlungen binnen 14 Tagen — natürlich unter Benutzung einer starken Reklame — nahezu fünfzigtausend solcher Antheilscheine verkauft worden sind.

Diesem Treiben soll nunmehr entgegengetreten werden. Die preußische Staatsregierung hat demgemäß dem Herrenhause einen Gesetzentwurf vorgelegt, wonach die gewerbsmäßige Zerkleinerung von Loosen und der Vertrieb solcher Antheilscheine mit einer Geldstrafe von 100 bis 1500 Mark belegt werden soll. An einem Zustandekommen dieses Gesetzes dürfte nicht zu zweifeln sein.

Königsberg i. Pr., 19. Januar. Gegen den russischen Sprachlehrer Berkowitz ist wegen Spionage die Untersuchung eingeleitet.

Fürth, 19. Januar. Der hiesige freisinnige Verein lehnte einen Antrag auf Anschluß an die freisinnige Volkspartei aus Zweckmäßigkeitsgründen ab.

Oesterreich-Ungarn.

Prag, 19. Januar. (Omladinaprozeß.) Mittags wird das Verhör des 17jährigen Schriftsetzers Kuner fortgesetzt. Derselbe wird beschuldigt, außer den in der Anklage enthaltenen Verbrechen, in der Untersuchungszelle hochverrätherische Aeußerungen gethan zu haben, leugnet dies jedoch. Der 21jährige Komptoirist Rudolf erklärte sich als Revolutionär, jedoch nicht als Revolutionär der That. Der Angeklagte entwickelte sein sozialistisches Programm, das nicht verbrecherisch sei, wogegen er die verübten Betrügereien als verbrecherisch gelten lassen will. (Dieselben betreffen die Veruntreuung höherer Geldbeträge.) Angeklagter erklärt, er habe nur an der Demonstration am Weißen Berge theilgenommen, was die Pflicht eines jeden Czechen gewesen sei. — Der 17jährige Porzellanmaler Fehsar giebt zu, Fenster in der Redaktion des Altczechenblattes „Hlas Naroda" eingeschlagen zu haben, weil er sich durch die gemäßigte Haltung dieses Blattes beleidigt gefühlt habe. Das Betragen des Angeklagten ist so unziemlich, daß der Präsident erklärt, eine solche Frechheit sei ihm noch niemals vorgekommen, und Befehl ertheilt, den Angeklagten sofort abzuführen. Hierauf entsteht großer Lärm unter den Angeklagten, die Vertheidiger springen von ihren Plätzen auf; Vertheidiger Just bittet für den Angeklagten um Nachsicht, während die anderen Vertheidiger sich gegen Just wenden und die Angeklagten Partei für Fehsar nehmen. Der Präsident erklärt, noch einmal Nachsicht walten lassen zu wollen, worauf das Verhör Fehsars beendet wird. Der 19jährige Handlungsgehülfe Legler, welcher wegen Waarenverschleppung verhaftet wurde und in der Untersuchungshaft die ersten Angaben machte, die zur Entdeckung der Omladina führten, erklärt heute, bei jenem ersten Verhör durch den Kerkermeister berauscht worden zu sein und daher nicht gewußt zu haben, was er aussagte. Er wisse nichts von der Omladina und kenne keinen der Angeklagten. Der Präsident ermahnt ihn, keine Märchen aufzutischen.

Pest, 19. Januar. Hochgradige Erregung hat die Siebenbürger Sachsen erfaßt. Sie sehen durch das gewaltthätige und gesetzwidrige Vorgehen des Bistritz-Naszoder Verwaltungsausschusses gegen eine große Zahl evangelischer deutscher und griechisch-katholischer wie orthodoxer rumänischer Volksschullehrer, die nach der Meinung des Schulinspektors keine genügenden Ergebnisse im magyarischen Sprachunterricht aufweisen, ihr konfessionelles deutsches Schulwesen, ihre nationale Kultur bedroht. Die auf dem Sachsentage vom Jahre 1890 nur mit knapper Mehrheit beschlossene und seither mit großer Selbstverleugnung durchgeführte Einstellung des politischen Kampfes gegen die magyarisirenden Bestrebungen der Staatsgewalt erweist sich als vergeblich, die Hoffnung auf Schutz ihres Volksthums seitens der Regierung im Rahmen der bestehenden Gesetze als eitel. Schon die im Herbst vom sächsischen Zentralausschusse beschlossene Zustimmung zu den auf Stärkung der Staatsgewalt gegenüber den Ansprüchen der Kirche, dabei aber auch auf Entnationalisirung der Nichtmagyaren abzielenden kirchenpolitischen Vorlagen war als schweres, der Erhaltung des Friedens mit dem Ministerium gebrachtes Opfer angesehen worden. Als später mit dem Gesetzentwurf über die obligatorische Zivilehe, welche bei den protestantischen Sachsen keinen grundsätzlichen Widerstand findet, auch der Gesetzentwurf über die Konfession der Kinder eingereicht wurde, welcher die den Protestanten bisher gebotenen Bürgschaften, um die sich der Wegtaufenstreit gedreht hatte, nach den Wünschen des katholischen Klerus hinweggeräumt, wurden in protestantischen Kreisen und so auch bei den Sachsen Stimmen großen Mißbehagens laut. Die Vergewaltigung, d. h. rechtswidrig verfügte Amtsentsetzung zahlreicher Lehrer, die noch dazu den Bestimmungen des Gesetzes über den obligatorischen magyarischen Sprachunterricht in den Volksschulen entsprochen haben, schlug dem Fasse den Boden aus. Die Kreisausschüsse der Komitate Bistritz-Naszod, Kronstadt, Hermannstadt haben nun sehr entschiedene Beschlüsse gefaßt, in denen sie die sächsischen Reichstagsabgeordneten zu bedingungsloser Wahrung der nationalen Rechte und Kultur-Interessen auffordern. Vorläufig wird die Bewegung in der hauptstädtischen Presse todtgeschwiegen. Dem Ministerium kommt sie gerade jetzt recht ungelegen, wo täglich Austritte aus der liberalen Partei wegen der kirchenpolitischen Vorlagen stattfinden, sodaß die Mehrheit der Regierung schon sehr zusammen geschmolzen ist. Nun haben aber zahlreiche Anhänger der letzteren wie allerdings auch der oppositionellen Fraktionen vor ihrer Wahl Beweise über ihre kirchenfreundliche Haltung gegeben. Im Namen der politischen Moral und völligen Freiheit der Volksvertreter wird jetzt die Mandatsniederlegung der betreffenden gefordert.

Schweiz.

Zürich, 19. Januar. Es verlautet, der Kommandeur des in Weingarten stehenden Regiments habe Ordre erhalten, daß in Folge der Ausschreitungen in St. Gallen künftig deutsche Militärmusiker nicht mehr in der Schweiz konzertiren dürfen.

Frankreich.

Ganz Paris steht unter dem Eindruck eines neu versuchten Bomben-Attentates, dessen Schauplatz diesmal die Polizeipräfektur werden sollte. Glücklicherweise mißlang der anarchistische Anschlag. Hierüber wird aus Paris gemeldet:

„Die im Gebäude der Polizeipräfektur gefundene Bombe bestand aus einem flaschenförmigen Metallgefäß, aus dessen Hals eine brennende Lunte herausragte. Ein Büreaugehülfe Namens Joseph, der die Maschine zuerst bemerkte, hatte die Geistesgegenwart, die Lunte auszutreten. An der Seite des Gefäßes waren Bleistücke mit Draht befestigt, die bei der Explosion als Kartätschen dienen sollten. Die Bombe war vor der Thür der Gefängnißverwaltung niedergelegt worden, wo das Publikum freien Zutritt erhält. Im Gebäude verbreitete sich gleich nach Bekanntwerden des Fundes eine große Panik. Der Büreauvorsteher der Gefängnißabtheilung, Rochet, begab sich sofort zum Polizeipräfekten, und die Bombe wurde zum Direktor des städtischen Laboratoriums, Girard, gebracht. Der Minister des Innern wurde sogleich von dem Fund telephonisch in Kenntniß gesetzt. Alle Beamten in der Präfektur behandeln die ganze Sache als Geheimniß. Das Ergebniß der Untersuchung im städtischen Laboratorium ist noch nicht bekannt."

Augenscheinlich soll mit diesem neuen Attentatsversuch der Präsident Carnot eingeschüchtert werden, indem man ihm und der Begnadigungs-Kommission auf diese Weise die Begnadigung Vaillants abzutrotzen versucht.

Italien.

Rom, 19. Januar. Bei der Sparkasse fand heute ein großer Andrang seitens der Spareinleger statt. Um den Auszahlungs-Anforderungen schneller nachkommen zu können, eröffnete die Sparkasse eine weitere Zahlstelle. Die „Agenzia Stefani" erklärt die Besorgniß des Publikums für durchaus ungerechtfertigt.

Das Gerücht, daß noch mehr Truppen unter die Waffen gerufen werden sollen, entbehrt der Begründung. Die „Riforma" versichert, daß bei den in Massa und Carrara auf Anordnung des Generals Hensch bei einer Anzahl von Anarchisten und Sozialisten vorgenommenen Haussuchungen Schriftstücke vorgefunden seien, in welchen die Vorbereitungen zu den gegenwärtigen Unruhen und das Ziel derselben dargelegt würden.

Massa, 19. Januar. Ein von Pontremoli nach Spezia fahrender Eisenbahnzug stieß gestern Abend in der Nähe eines Tunnels auf einen großen über die Schienen gelegten Steinblock. Drei Waggons wurden beschädigt, Personen wurden nicht verletzt. Die Strecke Spezia-Pontremoli wird überwacht.

General Hensch hat die Auflösung mehrerer revolutionären Vereine angeordnet.

Großbritannien und Irland.

London, 19. Januar. Der römische Korrespondent der „Times" meldet, er sei in der Lage, die Nachricht für unbegründet zu erklären, daß Crispi jemals Unterhandlungen mit Rußland angeknüpft habe, um Italien gegen die Folgen der Betheiligung am Dreibunde zu sichern. Crispi habe die Erneuerung des Dreibundes niemals beanstandet, vielmehr erklärt, er würde ihn erneuert haben mit dem Vorbehalt, daß vor der Erneuerung Italien größere Handelsvortheile erlange. Crispi betrachte das herzliche Festhalten am Dreibunde und das Einvernehmen mit England in allen Mittelmeerfragen als unerläßliche Grundlage der auswärtigen Politik Italiens.

Serbien.

Belgrad, 19. Januar. Staatsrath Nikolajewitsch gab die Bildung eines nichtradikalen Kabinets auf und legte sein Mandat in die Hände des Königs zurück. Sämmtliche Personen, welchen Portefeuilles angeboten waren, haben dieselben abgelehnt, da sie vor der großen Verantwortung zurückschrecken.

Es scheint also, daß König Alexander an dem Punkt angelangt ist, wo er einen zweiten Staatsstreich riskiren muß. Ob er denselben Erfolg haben kann, wie der erste, vor nahezu Jahresfrist unternommene, bleibt abzuwarten.

Stettiner Nachrichten.

* **Stettin**, 20. Januar. Verein junger Kaufleute. Das gestern Abend im großen Saale des Konzerthauses veranstaltete dritte dieswinterliche Konzert des hiesigen Vereins junger Kaufleute nahm einen überaus glänzenden Verlauf. Durch die Mitwirkung des Pianisten Herrn Moritz Rosenthal gewährte dasselbe einen Kunstgenuß, wie er selten geboten werden dürfte. Die phänomenalen Leistungen des gottbegnadeten Künstlers traten in dem Es-dur-Konzert von Liszt in einer Weise zu Tage, welche die hohen Erwartungen, die man demselben hier entgegenbrachte, bei Weitem übertrafen. Nicht minder begeisterte der vollendet schöne Vortrag des Nocturne von Chopin und Moment musical von Schubert, sowie seine geniale Tonschöpfung „Wiener Karneval", in welcher die von den schönsten Verzierungen umrankten Motive durch lichte Klarheit überall entzückten. Die stürmischen Ovationen, welche man Herrn Rosenthal darbrachte, erwiderte derselbe durch eine freundlichst gewährte Zulage. Solchen Leistungen gegenüber hatte die Sängerin Fräulein J. Brandes einen schweren Stand, jedoch verstand auch sie es, sich mit ihrer umfangreichen, klangvollen und trefflich geschulten Stimme die Sympathien der Zuhörer in hohem Maße zu erwerben. Ihre Vorträge wurden mit reichem Beifall belohnt, und auch sie mußte sich noch zu einer Einlage herbeilassen. Herr Offeney leistete mit seiner Kapelle Vorzügliches, sowohl was die Wiedergabe der Orchestersätze, als auch die Begleitung des Liszt'schen Es-dur-Konzerts anbetraf. Herr Lehmann begleitete mit bekannter Tüchtigkeit.

* Die Bemühungen, hier nach Berliner Muster eine „Freie Bühne" zu begründen, haben bei dem Stettiner Publikum herzlich wenig Gegenliebe gefunden. Nachdem bereits mehrere Versammlungen stattgefunden, in denen die Konstituirung erfolgen sollte, ist dieselbe gestern endlich zu Stande gekommen, allerdings mit einem recht kläglichen Resultat. Dasselbe stellt sich als eine „freie literarische Vereinigung" dar, der bislang 10 Herren angehören und diese wählten gestern einen aus 6 Mitgliedern bestehenden Vorstand, dem u. A. die Herren Kaufmann Anton Rösel (erster Vorsitzender), Buchdrucker Otto Ohl (Schriftführer), und Oberregisseur Johannes Cotta (künstlerischer Beirath), angehören. Am 31. Januar soll die erste „offizielle Sitzung" des neuen Vereins stattfinden, wir glauben jedoch, daß derselbe ein todtgeborenes Kind ist.

* Gestern Abend wurde in der Pölitzerstraße, nahe dem Stadtpark, der Arbeiter Timm von zwei Männern angegriffen und mit einer eisernen Ballastschaufel niedergeschlagen. Als auf die Hülferufe des Ueberfallenen ein Schutzmann hinzukam, entflohen die Angreifer, doch gelang es dem Beamten, einen derselben einzuholen, worauf dessen Verhaftung erfolgte. T., der in Folge des Schlages eine stark blutende Kopfwunde davontrug, gab an, die Männer hätten ihn zu berauben versucht.

* Vor einigen Tagen wurde einem im Hause Bellevuestraße 16 wohnhaften Dienstmädchen der Koffer erbrochen, und aus demselben die gesammten Ersparnisse in Höhe von 175 Mark gestohlen. Als muthmaßliche Thäter sind ein Zimmergeselle und ein Laufbursche ermittelt und verhaftet worden.

* Vom Flur des Seemannsheims, Krautmarkt 2, wurde am 17. d. Mts. eine mit Kleidungsstücken gefüllte Kiste, einem Matrosen gehörig, gestohlen.

— In dem 5. Verzeichniß der bei dem Reichstage eingegangenen Petitionen befinden sich folgende aus Pommern: Ackerbürger August Ladewig bittet in einer Sache um Rechtsschutz; der landwirthschaftliche Verein Polzin bittet, auf ein Abkommen mit anderen Kulturstaaten hinzuwirken, welches einem ferneren Fallen des Silbers entgegentritt; der Zimmerpolier Gotthilf Wolff zu Dramburg bittet um Gewährung einer Altersrente; der Magistrat zu Greifswald bittet um Bewilligung der im Reichshaushalts-Etat für das Etatsjahr 1894—95 zur Erwerbung eines Bauplatzes und zur Herstellung eines neuen Postgebäudes zu Greifswald geforderten Mittel; Petenten aus Arnswalde, Wolgast und Wollin bitten um Ablehnung der Besteuerung der Quittungen, Checks und Giroanweisungen.

— Der geschäftsführende Ausschuß des Landesvereins preußischer Volksschullehrer hat, der „Volksztg." zufolge, an den Unterrichtsminister Dr. Bosse eine Petition gerichtet, in welcher gebeten wird, den Seminar-Abiturienten die Berechtigung zum Einjährig-Freiwilligen-Dienst zu gewähren. Eine gleichlautende Bittschrift hat der genannte Ausschuß an den Kriegsminister gesandt.

— Zum Prediger der reformirten Gemeinde in Stolp wurde gestern der Predigtamts-Kandidat Dunkmann in Aurich (Hannover) gewählt.

— Der Erste Staatsanwalt Heinemann in Göttingen ist zum Oberlandesgerichtsrath in Stettin ernannt worden. Er war, bevor er im September 1886 nach Göttingen kam, 4½ Jahre lang Staatsanwalt und Abtheilungsvorsteher bei der hiesigen Staatsanwaltschaft. Von 1872 bis 1882 hatte er eine Staatsanwaltsstelle in Posen inne. Er ist vielfach als juristischer Schriftsteller hervorgetreten und hat noch kürzlich eine sehr lehrreiche Abhandlung über den Werth der Statistik für die Strafrechtspflege geschrieben, in der er die vielfach unrichtigen Schlüsse, die aus den kriminalstatistischen Zahlen gezogen werden, kritisirt.

— Der Reg.-Ass. Wölbling zu Ottweiler ist der königlichen Regierung zu Stettin zur weiteren dienstlichen Verwendung überwiesen worden.

— (Personal-Veränderungen im Bereich des 2. Armeekorps.) Schlüter, Premierlieutenant vom Ulanen-Regiment von Schmidt (1. pommersches) Nr. 4, kommandirt zur Gestütverwaltung ist à la suite des Regiments gestellt. Hübner, Portepeefähnrich vom Kolbergischen Grenadier-Regiment Graf Gneisenau (2. pommersches) Nr. 9, ist zur Reserve entlassen. Krulle, Oberstlieutenant und etatsmäßiger Stabsoffizier des 2. pommerschen Feldartillerie-Regiments Nr. 17, ist in Genehmigung seines Abschiedsgesuches mit Pension und der Erlaubniß zum Tragen der Uniform des Feldartillerie-Regiments General-Feldzeugmeister (1. brandenburg.) Nr. 3 zur Disposition gestellt. Keller,

Intendantur-Sekretariatsassistent von der Intendantur des 17. Armeekorps, ist zur Intendantur des 2. Armeekorps zum 1. April d. J. versetzt. Zahlmeister Henkel von der 1. Abtheilung 1. pommerschen Feldartillerie-Regiments Nr. 2 ist zum 3. Bataillon des Infanterie-Regiments von der Goltz (7. pommersches) Nr. 54 zum 1. März d. J. versetzt. — Im Beurlaubtenstande wurde der Abschied bewilligt: Wehrmann, Hauptmann von der Reserve des Grenadier-Regiments König Friedrich Wilhelm IV. (1. pommersches) Nr. 2. Hartmann, Premierlieutenant von der Infanterie 1. Aufgebots des Landwehrbezirks Stettin. Goth, Premierlieutenant von der Infanterie 1. Aufgebots des Landwehrbezirks Stolp. Runge, Sekondelieutenant von den Pionieren 2. Aufgebots des Landwehrbezirks Stolp.

— (Personal-Nachrichten aus der evangelischen Landeskirche.) Berufungen, Versetzungen u. s. w. Pommern. Adam, Predigtamts-Kandidat, zum Diakon an der St. Bartholomäi-Kirche in Demmin, Synode gleichen Namens. Dreist, Predigtamts-Kandidat, zum Pastor in Janisow, Synode Dramburg. Heilsberg, Predigtamts-Kandidat, zum Pastor in Plantikow, Synode Daber. Rohde, Predigtamts-Kandidat, zum Pastor in Roggow, Synode Körlin. Tech, Predigtamtskandidat, zum Pfarrvikar der Gemeinde Gr.-Krössin, Synode Neustettin. Splittgerber, Hülfsprediger in Nörchen, zum Pastor in Lübzin, Synode Gollnow. — Erledigte Pfarrstelle in Pommern. Babbin, Diözese Kolbatz, königliches Patronat mit 2 Kirchen, durch Emeritirung zum 1. Oktober d. J. erledigt, Wiederbesetzung durch Wahl der vereinigten Gemeinde-Organe, Einkommen 9038 Mark und freie Wohnung, wovon die gesetzliche Pfründenabgabe an den Pensionsfonds 8 Jahre lang zu entrichten ist. Bewerbungen sind an das Konsistorium in Stettin zu richten.

— (Personal-Chronik.) Der königliche Regierungs-Baumeister Johannes Schulze ist der königlichen Regierung zu Stettin zur aushülfsweisen Beschäftigung überwiesen. — Der neuernannte Regierungs-Assessor Dr. Schönfeld ist der königlichen Regierung zu Stettin überwiesen worden. — Der bisherige Gerichts-Referendar von Kleinsorgen ist zum Regierungs-Referendar bei der königlichen Regierung zu Stettin ernannt worden. — Der ehemalige Sergeant Grams, der ehem. Unteroffizier Ackermann, der ehem. Sergeant Ebel, der ehem. Sergeant Fenske, der ehem. Unteroffizier Hesse, der ehem. Sergeant Krähnke, der ehem. Unteroffizier Mannischeff, der ehem. Unteroffizier Marquardt, der ehem. Unteroffizier Mittmann, der ehem. Unteroffizier Noack, der ehem. Unteroffizier Peitz, der ehem. Sergeant Pupke, der ehem. Unteroffizier Reinholdt, der ehem. Unteroffizier Schmidt, der ehem. Unteroffizier Schnieber, der ehem. Unteroffizier Wölck, der ehem. Unteroffizier Wölker, der ehem. Revierschreiber Polumsky, der ehem. etatsmäßige Trompeter Bentz, der ehem. Sergeant Böttcher, der ehem. Grenadier Gallwitz, der ehem. Unteroffizier Kibat, der ehem. Sergeant Stralka, der ehem. Unteroffizier Hart, der ehem. Unteroffizier Klitsch, der ehem. Unteroffizier Starck, der ehem. Sergeant Büssow sind als Schutzleute bei der königlichen Polizei-Direktion zu Stettin angestellt worden. — Der Schiffer Karl Wolfgramm ist als Revierlootse zu Stettin angestellt worden.

Bellevue-Theater.

Trotz der Ungunst der Witterung hatte sich die gestrige Benefiz-Vorstellung für Herrn Kapellmeister Hans Schirmer eines recht zahlreichen Besuches zu erfreuen und der lebhafte Beifall, welcher dieselbe begleitete, bewies, daß die Wahl der Stücke eine überaus glückliche war. Zunächst waren es die Damen Frls. Kaps und Grüner, welche in der Offenbach'schen Operette „Fritzchen und Lieschen" durch ihr flottes Spiel das Publikum in heiterste Laune versetzten. Sodann gelangte das reizende Fulda'sche Lustspiel „Unter vier Augen" zur Aufführung, und fand die geistvolle Plauderei durch die beiden Hauptdarsteller Frl. Schiffel (Hermine) und Herrn Wendt (Dr. Volkart) treffliche Wiedergabe, wobei dieselben durch Herrn Stoppel (Baumann) und Herrn Gräbert (Baron Berkow) auf das beste unterstützt wurden. Die beiden letzten Gaben des Abends gewannen durch die Mitwirkung des Herrn Direktors Schirmer ein besonderes Interesse, derselbe entfesselte als „Landwehrmann Schultze" in Schneider's bekanntem Genrebild „Der Kurmärker und die Picarde" allgemeine Heiterkeit und wurde durch Frl. Grüner als anmuthige Picarde auf das beste unterstützt. Den Schluß bildete die Suppé'sche Operette „Zehn Mädchen und kein Mann", in welcher Herr Direktor Schirmer den „Gutsbesitzer von Schönhahn" mit prächtigem Humor gab. Frl. Kaps als „Sidonia" und Herr Gräbert als „Paris" entledigten sich ihrer Aufgaben auf das beste. Dagegen konnten die „10 Töchter" nicht durchweg begeistern. Der Benefiziant wurde bei seinem Erscheinen von dem Orchester mit einem Tusch empfangen, erhielt auch einige Lorbeerkränze.

R. O. K.

Aus den Provinzen.

Kammin, 19. Januar. Der Glaserlehrling Plassa begab sich heute über das Eis des See's nach Dievenow, dasselbe ist aber so schwach, daß der junge Mann einbrach und nur als Leiche ans Land gebracht werden konnte.

Pyritz, 19. Januar. Die hiesige Polizeiverwaltung hat angeordnet, daß die Bäcker vom 1. Februar cr. ab Preise und Gewichte ihrer Backwaaren für monatliche Zeiträume durch einen von außen sichtbaren Anschlag am Verkaufslokale zur Kenntniß des Publikums bringen. Im Lokale müssen Waagen und Gewichte zur Nachwiegung der Waaren aufgestellt sein.

Vermischte Nachrichten.

Berlin, 20. Januar. Der Indier Vitreo, der „Mann mit dem Straußenmagen", der vor einigen Jahren im hiesigen Passage-Panoptikum die ungeheuerlichsten Proben seiner Schlingfähigkeit abgelegt hat, ist im Krankenhause am Friedrichshain gestorben. Seine Krankengeschichte veröffentlicht Dr. Freyhan in der neuesten Nummer der „Deutschen Med. Wochenschrift". „Vitreo Bombellino aus Westindien, wie er sich nannte, verspeiste Sägespähne, Leder, Lampencylinder, Seife, Kohlen, Wichse und dergleichen mehr. Seine Glanzleistung bestand aber im Verschlucken von Streichhölzern. Und dazu nahm er nicht etwa schwedische Zündhölzer, sondern solche mit Phosphorköpfen. Geraume Zeit hindurch, nach seiner eigenen Angabe vielleicht ein Jahr und mehr, konnte er das erwähnte Kunststück ohne Schaden für seine Gesundheit vormachen. Erst als er im letzten Jahre nach einer mehrmonatigen, durch eine Untersuchungshaft bedingten Spielpause auf den Jahrmärkten Vorpommerns wieder mit seinem alten Glanzstück paradirte, blieben die verderblichen Folgen nicht aus. Die Geschäfte gingen über Erwarten gut. Vitreo mußte sehr oft, bis zu 30 Mal am Tage, auftreten und verzehrte bei jeder Schaustellung mindestens drei oder vier Phosphorstreichhölzer, manchmal auch mehr, im ganzen also täglich etwa 100 bis 150 Zündhölzer. Nach acht Tagen zeigten sich die ersten Verdauungsstörungen, Leibschmerzen, Uebelkeit, Erbrechen von unangenehm riechenden und leuchtenden Massen, Erscheinungen, die aber einer baldigen Besserung Platz machten. Bald aber erneuerten sich die Beschwerden, und nach mancherlei Irrfahrten gelangte der Mann ins Krankenhaus Friedrichshain und in Dr. Freyhans Behandlung. Der stämmige, überaus muskulöse Kranke windet sich vor Schmerzen, die Haut und sichtbaren Schleimhäute sind gelblich verfärbt. Temperatur niedrich. Puls wohl etwas beschleunigt, aber gut, dagegen die Athmung oberflächlich und jagend. Der Geist ist klar, Leib gespannt und aufgetrieben, überaus druckempfindlich. Lebergegend beim Betasten sehr empfindlich. Kurz nach der Aufnahme erfolgte Erbrechen dunkelblutiger Massen in reichlicher Menge, in denen sich noch Phosphor nachweisen läßt. Schon am nächsten Tage verschlimmert sich das Befinden des Kranken ersichtlich und wird hoffnungslos, und der Kranke stirbt. Das Charakteristische der Phosphorvergiftung, eine zunehmende Verfettung der Organe, zeigte sich an der Leber besonders deutlig. Merkwürdiger Weise fanden sich am Verdauungskanal, dem bei dem Vorleben des Kranken naturgemäß ganz besondere Aufmerksamkeit geschenkt wurde, nur an einer einzigen Stelle Veränderungen, nämlich am Uebergange der Speiseröhre in ihre Ansatzstelle am Magen. Hier war die Schleimhaut von längs gestellten, bis zu 3 Zentimeter langen, narbigen Lücken gefurcht, die wahrscheinlich von früheren Verletzungen herrührten, welche die Speiseröhre durch die Glassplitter erlitten hatte. Die auffällige Erscheinung, daß fast zwei Jahre hindurch ein unerhörter Mißbrauch mit einem so starken Gifte, wie es Phosphor ist, getrieben werden konnte, läßt sich nach Dr. Freyhan nicht durch Gewöhnung, wie etwa beim Arsenik, erklären, sondern mit dem unsicheren Gehalt der Streichhölzer am Phosphor. In der Regel sind 0,6 bis 0,1 Gramm Phosphor für den erwachsenen Menschen eine tödtliche Gabe; 100 Streichholzköpfchen haben aber erst — nach den Angaben verschiedener Untersucher — 0,1 bis 0,6 Gramm Phosphor, so daß also mit dem Verzehren von 100 Köpfen die untere Vergiftungsgrenze unter besonderen Umständen schon erreicht werden kann. Hiernach erklärt sich also das verhältnißmäßig späte Auftreten der Vergiftung einfach so, daß die Zahl der verzehrten Streichhölzer an einem Tage sehr groß war — bei einer großen Anzahl von Vorstellungen — und daß gerade damals Streichhölzer mit hohem Phosphorgehalt verzehrt wurden.

Sprottau, 19. Januar. Die Erkrankungen am Typhus nehmen hier eine epidemieartige Ausdehnung. Bis heute sind neunzehn Fälle amtlich gemeldet. Die Gesammtzahl ist erheblich größer. In der aus diesem Anlasse bereits heute stattgefundenen Sitzung der Sanitätskommission wurde beschlossen, wegen Ueberfüllung des Kreiskrankenhauses das während der Choleragefahr eingerichtete Epidemiehaus sofort zur Aufnahme der Typhuskranken bereit zu halten, sowie alle sonstigen Schutzmaßregeln anzuordnen. Die hiesige Physikatsbehörde hält das Leitungswasser nicht für einwandsfrei. Proben desselben sind an das Gesundheitsamt in Posen zur Untersuchung gesandt.

Verden, 19. Januar. Das Schwurgericht verurtheilte den Raubmörder Seidel zweimal zum Tode.

Bayreuth, 19. Januar. Der Oberamtsrichter Sandner in Waldsassen hat sich in einem Anfall von Geistesstörung im Amtsgebäude erhängt.

— Die Verurtheilung der französischen Spione bietet unserer Nachbarpresse noch immer den Vorwand zu gehässigen Ausfällen. Zweifellos würde die auf diesem Gebiete eine drakonische Strenge bekundende französische Gesetzgebung gegebenen Falles in der rücksichtslosesten Weise zur Anwendung gebracht werden. Bis jetzt ist indeß die Suche nach deutschen Spionen ohne allen Erfolg geblieben. Unwillkürlich wird hierbei die Art der einzigen Verurtheilung eines Deutschen während des Krieges 1870/71 in die Erinnerung gerufen. Vor der Kapitulation von Metz war die Festung Diedenhofen nur von einer dünnen Zernirungskette umschlossen. Ernste Unternehmungen waren von deutscher Seite ganz unmöglich. Die einer Truppe aufgezwungene Unthätigkeit führt gewöhnlich zu dummen Streichen. Fähnrich Andersen von den 4. pommerschen Ulanen war in Garsch bei dem dortigen Bürgermeister Bauer einquartiert. Ueber die Diedenhofener Verhältnisse waren die Zernirungs-Truppen theils in Folge mehrerer Scharmützel ganz genau unterrichtet. Die Festungsthore wurden damals noch nicht verschlossen gehalten. Andersen, des Französischen mächtig, bestimmte den Bürgermeister Bauer, als dessen in einem Bauernkittel verkleideter angeblicher Neffe, mit ihm nach Diedenhofen zum Frühschoppen zu gehen. Unbehindert kamen Beide in die Stadt und kehrten hier gleich unbehelligt in mehrere Wirthshäuser ein. Ihnen zufällig begegnende Schulkinder aus Garsch erkannten Andersen. Er wie der Bürgermeister wurden verhaftet. Nach einem anfänglichen Leugnen gestand Andersen. Obwohl es klar gelegt wurde, daß es sich nicht um Spionage, sondern um einen aus jugendlichem Unbedacht und Uebermuth unternommenen Streich handelte, wurden Beide zum Tode verurtheilt. Die Damen der Stadt hatten Edelmuth genug, den Oberst Turnier als damaligen Kommandanten wiederholt um Gnade für das junge Blut zu bitten. Andersen, alle Verantwortlichkeit auf sich nehmend, suchte den Bürgermeister Bauer, der blos sein harmloser Begleiter war, zu retten. Auch von deutscher Seite wurde der nachhaltigste Versuch gemacht, Begnadigung zu erwirken. Alles vergeblich! Am Frühmorgen des 29. Oktober, einige Stunden vor dem Eintreffen der Nachricht von der Kapitulation der Festung Metz, wurden die beiden Verurtheilten in geschlossenem Wagen zum Glacis an der untern Schleuse hinausgeführt und hier angesichts der ganzen Garnison erschossen. Mit einem Hoch auf sein Vaterland brach Andersen tödtlich getroffen zusammen.

Börsen-Berichte.

Stettin, 20. Januar.

Wetter: Bewölkt. **Temperatur** + 5 Grad **Reaumur**, **Barometer** 762 **Millimeter**. **Wind:** Südwest.

Weizen still, per 1000 Kilogramm loko 133,00—140,00, per Januar 139,50 nom., per April-Mai 144,25 bez., per Mai-Juni 146,00 B., per Juni-Juli 147,50 B. u. G.

Roggen still, per 1000 Kilogramm loko 117,00—122,00, per Januar 122,00 nom., per April-Mai 126,25—125,50 bez., 125,75 B. u. G., per Mai-Juni 127,00 B. u. G., per Juni-Juli 128,50 B., 128,00 G.

Gerste per 1000 Kilogramm loko 138,00 bis 160,00.

Hafer per 1000 Kilogramm loko 140,00 bis 148,00, feinster über Notiz.

Rüböl ruhig, per 100 Kilogramm loko ohne Faß bei Kleinigkeiten 46,00 B., per Januar 46,00 B., per April-Mai 46,00 B., per September-Oktober 47,00 B.

Spiritus still, per 100 Liter à 100 Prozent loko 70er 31,2 bez., per Januar 70er 31,0 nom., per April Mai 70er 32,8 nom., per Mai-Juni 70er 33,1 nom.

Petroleum ohne Handel.

Regulirungspreise: Weizen 139,50, Roggen 122,00, 70er Spiritus 31,0.

Angemeldet: Nichts.

Landmarkt.

Weizen 135—138. **Roggen** 118—122. **Gerste** 138—144. **Hafer** 150—156. **Rübsen** —,—. **Heu** 3,00—4,00. **Stroh** 32—34. **Kartoffeln** 36—42.

Paris, 19. Januar, Nachmittags. (Schluß-Kourse.) Unentschieden.

		Kours v. 18.
3% amortisirb. Rente	98,25	98,20
3% Rente	98,15	98,22½
Italienische 5% Rente	73,40	72 00
3% ungar. Goldrente	95,12½	95 18
III. Orient	69,80	69,60
4% Russen de 1889	99,60	99,75
4% unifiz. Egypter	102,85	102,75
4% Spanier äußere Anleihe	62,87	63,50
Convert. Türken	23,27½	23,27½
Türkische Loose	98,80	99,60
4% privil. Türk.-Obligationen	470,00	470,00
Franzosen	640,00	—,—
Lombarden	240,00	241,25
Banque ottomane	605,00	608,00
„ de Paris	635,00	635,00
„ d'escompte	35,00	35,00
Credit foncier	1026,00	1025,00
„ mobilier	80,00	81,00
Meridional-Aktien	—,—	485,00
Rio Tinto-Aktien	364,30	365,60
Suezkanal-Aktien	2693,00	2691,00
Credit Lyonnais	778,00	778,00
B. de France	4140,00	4150,00
Tabacs Ottom.	410,00	411,00
Wechsel auf deutsche Plätze 3 M.	122,37	122,37
Wechsel auf London kurz	25,14½	25,14½
Cheque auf London	25,16½	25,16½
Wechsel Amsterdam k.	206,62	206,62
„ Wien k.	199 37	199 00
„ Madrid k.	408,00	406,00
Comptoir d'Escompte, neue	—,—	—,—
Robinson-Aktien	—,—	—,—
Portugiesen	20,18	20,31
% Russen	84,40	84,90
Privatdiskont	2,37	—,—

Börsen-Wochenbericht

von Viktor Mushack, Bankgeschäft,
Berlin W., Kronenstraße 56, I. Etage,
zwischen Friedrich- u. Charlottenstraße.

Berlin, 19. Januar.

Zum Kourse von 72⅜ Prozent wurden an gestriger (Donnerstag) Börse Italienische Staats-Anleihen ausgeboten! Ohne auch nur dem leisesten Widerstand zu begegnen, hat die Pariser Kontremine in ihrem unerbittlichen — patriotischen! — Kampfe gegen Italien freieste Bewegung! Regungslos, wenn auch von Wehmuth ergriffen, schaut die Berliner Fondsbörse diesem Italiens Größe gerade zu vernichtenden Finanzkriege zu. Wie tief bist Du gesunken, könnte der Berliner Schusterjunge, den ja unser Herr Schatzsekretär so wirkungsvoll in der Kammer für die Annahme der Tabaksvorlage verwerthete, unserm Kapitalsmarkte, dem Konzentrationspunkt des deutschen Volkswohlstandes, zurufen! — Unsere Börse ist eine Institution, deren Unentbehrlichkeit jedem denkenden Menschen bis zum Schusterjungen herab in die Augen fällt; eine Institution, die Deutschlands Ansehen und Größe im Weltmarkt repräsentirt. Und sie soll vernichtet werden, weil es einigen Gesetzgebern, die sich früher zu Zeiten Bismarcks durch Kopfnicken auszeichneten, so gefällt? Ich will nicht darauf eingehen, wen denn eigentlich die wirkliche Schuld an dem kolossalen Verlust, den unser Volksvermögen in den letzten Jahren erlitten hat, trifft. Ich will nicht darauf eingehen, wie es gekommen ist, daß unsere Wirthschaftspolitik von 1878, die sich ja auf dem Kapitalsmarkte abspiegeln muß, zu einem so glänzenden Fiasko geführt hat! Aber darnach möchte ich wohl fragen, wer hat das Volksvermögen durch den Ankauf von Privatbahnen geschädigt, wer hat an Stelle der Preuß. 4 Prozent Konsols — 3½prozentige und 3prozentige eingeführt, und schließlich, wer hat den Kampf gegen Russische Staats-Anleihen so erfolgreich geführt?? Wodurch ist also unser Volksvermögen systematisch auf exotische Werthe hingeleitet worden? — Und nun der Niederschlag auf dem Markt für Industrie- und Montanwerthe! Noch vor wenigen Jahren zahlte unsere Regierung 175 M. für Eisenbahnschienen und heute offerirt sie 100 M.?? Der Hochschutzzoll hat die Extreme geboren, und der Kapitalsanlagemarkt folgte auch hier nur den Intentionen dieser Wirthschaftspolitik! — Freilich wurde von einer politischen Partei die Regierung unaufhörlich gewarnt — aber die Börse, konservativ in dem Sinne, daß sie die volkswirthschaftliche Lehre der Regierung willig anerkannt hat, achtete nicht auf diese Warnungen. — Und dafür, daß sie willenlos alles mitgemacht hat, was die Regierung dekretirte, soll sie Prügelknabe derjenigen sein, die selbst — wenn auch nur durch Kopfnicken — jene unheilvolle Wirthschaftspolitik vertreten und durchgesetzt haben?? Jetzt wollen sich diejenigen, die die Börse auf die Leimruthe geführt haben, lammfromm und unschuldig als die Beschützer des Volkswohlstandes ausgeben, die die eigentlichen Urheber der ganzen Dekadence sind?? Und was wollen sie?? sie wollen, um es an einem anderen Beispiele klar zu machen: das deutsche Offizierskorps abschaffen, weil im hannoverschen Spielerprozeß einige Offiziere kompromittirt erschienen!! — Wie könnte man sich also wundern, wenn sich des Kapitalsmarktes eine Resignation und Erbitterung bemächtigen, die für das Volksvermögen geradezu verhängnißvoll werden kann! — Wer kann beanspruchen, daß in solcher Zeit die haute finance Italien beispringt, um den Finanzkrieg zu beendigen? — Ich sagte schon, daß unsere Börse die Repräsentation Deutschlands auf dem Weltmarkte bedeutet. Es ist also zu natürlich, daß man sich angesichts der jetzigen Gesetzgebungsmaschine Deutschlands eiligst von uns abwendet. Nicht nur wird es Italien nicht vergessen, daß es schutzlos einer Pariser politischen Finanzkampagne preisgegeben war, auch Oesterreich-Ungarn hält uns nicht mehr für „leistungsfähig"; es sucht seinen Markt in Paris! „Fallen sehe ich Zweig auf Zweig." — Indeß der Bogen ist überspannt. Der Herr Steuerminister Excellenz Miquel, der ehemalige Direktor der Diskonto-Gesellschaft, hat es neulich erleben müssen, daß ihm bei einem ganz zwangslosen Abendessen vom Vertreter des „Deutschen Handelstages" im Tone süddeutscher Gemüthlichkeit die Maßlosigkeit seiner Finanzpolitik vorgehalten wurde. — Vor einigen Tagen wurde in einer Versammlung der Berliner haute finance sehr ernstlich der Vorschlag diskutirt, die Börse zu schließen. — Wie weit muß es also gekommen sein, wenn sich der Deutsche Handelstag, als Vertreter der deutschen Industrie, und die haute finance, als Vertreterin des Kapitalsanlagemarktes, zu einem Widerstande vereinigen? Mit dem eben Gesagten glaube ich die Stimmung der Börse deutlich gekennzeichnet zu haben. — Unsere heimischen Werthe lagen flau — und von ausländischen: Italiener Fonds. Fest hingegen blieben alle von der Pariser Börse abhängigen Werthe und alle österreichisch-ungarischen Titres. Die letzteren möchte man zu gern — wohl aus alter Anhänglichkeit — in den Kreis unseres ja nur zu begründeten Pessimismus ziehen; aber das gelingt nicht. Oesterreich-Ungarn ist von jenem furchtbaren Verlust, den wir erlitten haben, verschont geblieben und andererseits wird es in seiner wirthschaftlichen Entwicklungsfähigkeit durch die gesetzgebenden Körperschaften nachdrücklichst unterstützt! Ich erlaube mir daher, wiederum auf die

Oesterreichisch-Ungarische Staats-Anleihen,

auf die Aktien der

Oesterreichischen Kredit-Anstalt,
Wiener Unionbank,
Oesterreichisch-Ungarischen Staatsbahn
(Börsenname Franzosen)

aufmerksam aufmerksam zu machen. Größere Kapitalien können in diesen Werthen durch Ankauf mit Lieferungstermin per ultimo angelegt werden. — Unter den von Paris abhängigen Werthen befinden sich auch die russischen Anleihen, die im Hinblick auf den deutsch-russischen Handelsvertrag auch von unseren Kapitalisten beachtet zu werden verdienen. Die Russische Orient-Anleihe folgt noch außerdem der Koursbewegung der russischen Valuta. — Ich möchte in Verbindung mit dem Handelsvertrage noch einzelne Industriepapiere wie:

Berliner Maschinen Schwarzkopff-Aktien,
Flöther Maschinen-Aktien,
Kasseler Federstahl-Aktien

hervorheben.

Von der Spekulation beliebt sind Mexikanische Staats-Anleihen, da man eine Besserung des Silberpreises — gestützt auf die Auslassungen unserer Minister — prognostizirt.

Der Geldstand ist ein flüssiger und eine weitere Ermäßigung der englischen Diskontrate kann erwartet werden.

Berlin, 19. Januar.

Butter-Wochen-Bericht

von Gebrüder Lehmann u. Co.,
NW. 6, Luisenstraße 43—44.

Wir haben wieder von einem ruhigen Geschäft zu berichten. Die Auslese der feinsten Butter findet ja immer schlanken Abzug, dagegen bleiben von dem Gros der mit mehr oder weniger zweifelhaftem Recht als Ia. bezeichneten Qualitäten wieder größere Restbestände übrig. Die Notirung stellt sich daher um 4 Mark niedriger. Auch Kopenhagen meldet einen Preisfall von 4 Kronen und Hamburg einen solchen von 5 Mark.

Landbutter wich ebenfalls wieder im Preise zurück.

Die hiesigen Engros-Verkaufspreise im Wochendurchschnitt sind: für feine und feinste Sahnenbutter von Gütern, Milchpachtungen und Genossenschaften (Alles per 50 Kilogramm):

Ia. 108, IIa. 102, IIIa. —, abfallende 97 Mark.

Landbutter: Preußische und Littauer 88—90, Netzbrücher 88—90, Pommersche 90 bis 92, Polnische 88—90, Baierische Senn- 93—95, Baierische Land- 85—88, Schlesische 90—92, Galizische 78—83 Mark.

Hamburg, 19. Januar, Nachmittags 3 Uhr. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per Januar 83,75, per März 83,25, per Mai 81,50, per September 78,50. — Behauptet.

Hamburg, 19 Januar, Nachmittags 3 Uhr. Zuckermarkt. (Nachmittagsbericht.) Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88 Prozent Rendement, neue Usance frei an Bord Hamburg per Januar 12,42½, per März 12,47½, per Mai 12,62½, per September 12,67½. — Ruhig.

Bremen, 19. Januar. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.) Faßzollfrei. Ruhig. Loko 5,05. — Baumwolle schwach.

Pest, 19. Januar, Vorm. 11 Uhr. **Produktenmarkt. Weizen** loko matt, per Frühjahr 7,42 G., 7,44 B., per Herbst 7,62 G., 7,64 B. **Hafer** per Frühjahr 6,72 G., 6,73 B. **Mais** per Mai-Juni 4,82 G., 4,83 B. — **Wetter:** Milde.

Amsterdam, 19. Januar. Java-Kaffee good ordinary 53,00.

Amsterdam, 19. Januar. Bancazinn 45,50.

Amsterdam, 19. Januar, Nachmittags. Getreidemarkt. Weizen auf Termine unverändert, per März 154,00, per Mai 156,00. Roggen loko geschäftslos, do. auf Termine fester, per März 111,00, per Mai 111,00. Rüböl loko 25,00, per Mai 24,12, Herbst 24,25.

Antwerpen, 19. Januar, Nachmittags 2 Uhr 15 Minuten. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 12,12 bez., 12,25 B., per Januar 12,00 B., per Februar 12,25 B., per September-Dezember 12,75 B. Fest.

Antwerpen, 19. Januar. Getreidemarkt. Weizen ruhig. Roggen ruhig. Hafer behauptet. Gerste ruhig.

Paris, 19. Januar, Nachm. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig, per Januar 21,30, per Februar 21,50, per März-April 21,80, per März-Juni 22,00. Roggen ruhig, per Januar 14,70, per März Juni 15,00. Mehl matt, per Januar 45,10, per Februar 45,60, per März-April 46,20, per März-Juni 46,30. Rüböl matt, per Januar 58,00, per Februar 57,75, per März-April 57,75, per März-Juni 57,75. Spiritus ruhig, per Januar 35,00, per Februar 35,25, per März-April 35,75, per Mai-August 36,75. — Wetter: Frisch.

Paris, 19. Januar, Nachmittags. Rohzucker (Schlußbericht) ruhig, 88% loko 34,50 bis —,—. Weißer Zucker ruhig, Nr. 3 per 100 Kilogramm per Januar 37,25, per Februar 37,37½, per März-Juni 37,50, per Mai-Juni 37,62½.

Havre, 19. Januar, Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler & Co.) Kaffee good average Santos per Januar 104,25, per März 104,00, per Mai 101,50. — Schleppend.

London, 19. Januar. Chili-Kupfer 42,00, per drei Monat 42,37.

London, 19. Januar 96prozent. Javazucker loko 15,25, ruhig. Rübenrohzucker loko 12,37, ruhig. — Centrifugal-Cuba —,—.

London, 19. Januar. An der Küste 5 Weizenladungen angeboten. — Wetter: Schön.

London, 19. Januar. Kupfer, Chili bars good ordinary brands 42 Lstr. — Sh. — d. Zinn (Straits) 72 Lstr. 15 Sh. — d. Zink 16 Lstr. 5 Sh. — d. Blei 9 Lstr. 7 Sh. 6 d. Roheisen. Mixed numbers warrants 43 Sh. ⅗ d.

London, 19. Januar, 4 Uhr 20 Minuten Nachm. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen und Mehl geschäftslos, Preise nominell. Mais nur zu niedrigen Preisen verkäuflich. Gerste ruhig, aber stetig. Hafer ruhig, russischer fester, ruhig. Angekommene Weizenladungen stetig. Schwimmendes Getreide unverändert.

Fremde Zufuhren: Weizen 18 090, Gerste 8720, Hafer 20 420 Quarters.

Liverpool, 19. Januar. Getreidemarkt. Weizen und Mehl sehr ruhig. Mais stetig. — Wetter: Schön.

Glasgow, 19. Januar, Nachmittags. Roheisen. (Schlußbericht.) Mixed numbers warrants 43 Sh. 1½ d.

Glasgow, 19. Januar. Die Vorräthe von Roheisen in den Stores belaufen sich auf 312 532 Tons gegen 336 943 Tons im vorigen Jahre.

Newyork, 19. Januar. (Anfangskourse.) Petroleum. Pipe line certificates per Januar —,—. Weizen per Mai 69,75.

Wasserstand.

Stettin, 20. Januar. Im Revier 16 Fuß 6 Zoll = 5,18 Meter.

Schiffsnachrichten.

Bremen, 19. Januar. Die Weser ist von Bremen abwärts jetzt gänzlich eisfrei und die Schifffahrt unbehindert. Oberhalb Bremens steht das Eis. Von mehreren an der Oberweser gelegenen Stationen wird Eisgang gemeldet.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 20. Januar. In der Iglauer Landes-Zwangsarbeits-Anstalt haben die Inhaftirten gestern revoltirt, so daß militärische Hülfe requirirt werden mußte. Ein Aufseher ist schwer verwundet worden.

Linz, 20. Januar. Zwischen Losendorf und Kleinreifling entgleiste ein Gütereilzug. Zwei Waggons stürzten in den Fluß Ens. Menschen wurden nicht verletzt.

Fiume, 20. Januar. Das Munizipium sprach in der gestrigen Sitzung einstimmig sein Bedauern über den Austritt des Abgeordneten Fiumes, des Grafen Bathiany aus der liberalen Partei aus. Es wurde hinzugefügt, daß der Abgeordnete mit seinem Austritt sich in Widerspruch gesetzt habe mit der einhellig kundgegebenen liberalen Auffassung des Munizipiums zu Gunsten der kirchenpolitischen Vorlagen.

Prag, 20. Januar. Sämmtliche Vertheidiger im Omladinisten Prozeß richteten gestern an den Justizminister einen Protest, in welchem ausgeführt wird, daß sie mit Rücksicht auf ihre und ihrer Klienten Gesundheit nicht länger den Verhandlungen in diesem Gerichtssaale beiwohnen könnten. Ein Angeklagter sei bereits lungenkrank geworden.

Brüssel, 20. Januar. Sämmtliche Blätter veröffentlichen sympathisch gehaltene Biographien über den Kommandanten Ponthier, dessen Todesnachricht in allen Kreisen große Bestürzung hervorgerufen hat. Derselbe wurde am 20. Oktober bei Kassango im Gefechte gegen die Araber schwer verwundet und unterlag am 25. Oktober seinen Wunden.

Brüssel, 20. Januar. In der belgischen sozialistischen Arbeiterpartei ist ein Zwiespalt von größerer Bedeutung ausgebrochen. Zahlreiche Mitglieder von Brüssel, Antwerpen, Loewen, Mecheln und Gent sind ausgetreten und haben beschlossen, in Gent ein neues sozialistisches Organ zu gründen. Dasselbe soll den Titel „De Fakkel" führen, für radikal-sozialistische Ideen eintreten und das jetzige sozialistische Organ der Arbeiterpartei als opportunistisch bekämpfen. Die Veranstalter der neuen Bewegung haben sich schriftlich an alle auswärtigen Sozialistenführer gewandt, um deren Zusage und Billigung zu gewinnen. Die Antwort Bebels, welche von allen zuerst eingegangen ist, enthält eine Ablehnung wegen der bisher gepflogenen herzlichen Beziehungen zu den Chefs der belgischen Sozialdemokratie.

Paris, 20. Januar. Der Exkönig Milan verließ 6 Uhr 50 Minuten Paris mit dem Orient-Expreßzuge. Die Abreise wurde streng geheimgehalten, man vermuthet, daß das Ziel der Reise Semlin sei.

Arton soll sich in Algier aufhalten.

Der „Temps" meldet aus Brest, daß der zum Tode verurtheilte Rorique im gestrigen Verhör erklärt haben soll, daß sein eigentlicher Name Degraeve und daß er, ebenso wie sein Bruder, Holländer sei.

Rom, 20. Januar. In politischen Kreisen wird eher an ein Verbrechen, als an einen Selbstmord des Generalstabschefs von Palermo geglaubt.

Die erste Nummer des neuen „Moniteur de Rom" wurde wegen eines Artikels über die Lage Italiens konfiszirt.

Eine offiziöse Note [illegible]entirt das Gerücht von einer bevorstehenden [illegible] Zinsfußes der italienischen Rent[illegible]

Anzeigen.